

Yu-Hsi Nieh

Taiwan im Umbruch

(1. Teil):

Innenpolitischer Rückblick 1988/89 und Ausblick

Nach dem traditionellen chinesischen Mondkalender war 1988 das Jahr des Drachen, und 1989 ist das Jahr der Schlange. Unter den zu dem Kalenderzyklus gehörenden zwölf Tierarten gilt der Drache im volkstümlichen Glauben der Chinesen als ein Symbol der Macht, dagegen wird die Schlange als ein heimtückisches Lebewesen nicht bevorzugt. Aber das Horoskop beiseite lassend, befindet sich Taiwan seit Anfang 1988 tatsächlich in einer offensichtlichen Wende.

Am 13. Januar 1988 starb der starke Mann Taiwans, Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), Präsident der Republik China und Vorsitzender der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD), im Alter von 77 Jahren an Herzschlag. Er war der älteste Sohn und Nachfolger von Jiang Jieshi (Chinag Kai-shek, 1887-1975). Von 1927 bis 1988 hatten Vater und Sohn die Macht über ein halbes Jahrhundert lang fest in der Hand. Nach dem Tod von Jiang Jingguo wurde die autoritäre Regierung der Familie beendet. Die Geschichte der Republik China in Taiwan steht vor einem neuen Kapitel.

Die Regierung und die Regierungspartei

Zu Lebzeiten Jiang Jingguos war noch kein klarer Machtnachfolger bestimmt. Nach seinem Tod wurde Vizepräsident Li Denghui (Lee Teng-hui, 65) gemäß Art. 49 der Verfassung der Republik China als neuer Staatspräsident vereidigt. Bei der Besetzung des Amtes des Parteivorsitzenden der GMD entstanden allerdings heftige Auseinandersetzungen hinter den Kulissen, weil kein

Amt eines stellvertretenden Parteivorsitzenden vorgesehen war. Während einerseits eine liberale Gruppe Li Denghui auch zum Parteivorsitzenden machen wollte, forderte eine andere konservative Gruppe dieses Amt für einen gebürtigen Festlandchinesen, da Li als erster einheimischer Politiker das Präsidialamt übernommen hatte.

Zu der liberalen Faktion gehören vor allem die Parteimitglieder der jüngeren Generation und einige enge Mitarbeiter von Jiang Jingguo, die politische Reformen befürworten. Die Politiker der alten Garde unter Jiang Jieshi zählen zu der konservativen Faktion, die keine politischen Veränderungen sehen möchten. Unter dem Druck zahlreicher junger Parteipolitiker sowie der großen Sympathie in der Öffentlichkeit für Li wählte der Ständige Ausschuß des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der GMD Li Denghui am 27. Januar 1988 zum amtierenden Parteivorsitzenden, und am 8. Juli wurde er auf dem 13. Parteitag durch eine offene Wahl offiziell in diesem Amt bestätigt.

Bei den geheimen Wahlen der 180 Mitglieder des ZEK hat die reformfreundliche Faktion ebenfalls große Erfolge erzielen können. Der Generalsekretär der Partei, Li Huan (Lee Huan, 72), der die Lokomotive der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Partei verkörpert, bekam die meisten Stimmen, während Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hwa, 75), der zum konservativen Lager zählt, nur den 35. Platz gemäß der Reihenfolge der Stimmergebnisse erhielt. Auch zahlreiche andere Mitglieder der alten Garde mußten eine deutliche Verschlechterung ihrer Position auf der Liste der Gewählten hinnehmen oder sogar ihren Platz im ZEK räumen.

Bei der Bildung des Ständigen Ausschusses des ZEK fand keine geheime Wahl statt. Wie früher stellte der Parteivorsitzende eine Kandidatenliste auf, die durch Handaufheben der ZEK-Mitglieder bestätigt wurde, wodurch einige Mitglieder der alten Garde einschließlich Yu Guohuas ihre Stellung im höchsten Parteigremium behaupten konnten. Von den insgesamt 31 Mitgliedern wurden zwölf neu aufgenommen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist im Vergleich zum vorigen Ständigen Ausschuß von 77,25 auf 60,25 Jahre gesunken, und die Einheimischen stellen mit 16 Sitzen zum erstenmal die Mehrheit (vorher 14 Sitze); die übrigen 15 Mitglieder stammen vom chinesischen Festland.

Eine Woche nach dem Parteitag, am 20. Juli, erfolgte eine Regierungsumbildung. Yu Guohua blieb Ministerpräsident (Präsident des Exekutiv Yuan), doch ein großer Teil des Kabinetts wurde erneuert. Dabei wurden zum erstenmal die wichtigen Ressorts Außen- und Finanzministerium von Einheimischen besetzt - bislang hatten die Einheimischen nur das Innen-, Verkehrs- und Justizministerium inne. Ferner wurden diesmal im Unterschied zu früher überwiegend jüngere Politiker mit in Nordamerika und Westeuropa genossener höherer Ausbildung, darunter auch eine Frau (Finanzministerin Guo Wanrong), in die Regierungsführung einbezogen. Angeblich war es nicht Ministerpräsident Yu Guohua, sondern Staatspräsident Li Denghui, der die Umbesetzungen im Kabinett bestimmt hatte.

Am 17. Oktober 1988 trat überraschend der Generalsekretär des Präsidialamts, Shen Changhuan (76), von seinem Amt zurück. Er war unter Jiang Jieshi und Jiang Jingguo zweimal Außenminister (1960-1966 und 1972-1979) und übte dann als Generalsekretär des Nationalen Sicherheitskonzils (1979-1984) und Generalsekretär des Präsidialamts (seit 1984) weiter starken Einfluß auf die Außenpolitik aus. Auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses der ZEK der GMD am 12. Oktober warf er der Regierung den Bruch des von Jiang Jieshi bestimmten Antikommunismus- und antisowjetischen Kurses in der Außenpolitik vor, weil die Regierung im September den Besuch einer 60-köpfigen Handelsdelegation in die

CHINA aktuell

Sowjetunion erlaubt hatte. Mit seiner Kritik stieß er aber auf Unmut in der breiten Öffentlichkeit, woraufhin er seinen Rücktritt einreichte, der vom Präsidenten auch ohne weiteres angenommen wurde. Li Yuancu (Li Yuanzu, 65), ein in Bonn promovierter Jurist, der von 1973 bis 1977 Bildungs- und von 1978 bis 1984 Justizminister war, wurde zum neuen Generalsekretär des Präsidialamts ernannt. Das "Verwelken" von Shen, der als ein "immergrüner Politiker" bezeichnet wurde, bedeutete eine weitere Niederlage für die konservative Seite.

Kurz nach Li Denghuis Amtsantritt als Staatspräsident tauchte in der Öffentlichkeit wieder die alte Frage auf, ob die Republik China eine parlamentarische Regierungsform oder Präsidialsystem habe. Gemäß Art.57 der Verfassung von 1947 ist der Exekutivyyuan dem Legislativyyuan verantwortlich. Der Ministerpräsident wird mit Zustimmung des Legislativyyuan vom Staatspräsidenten ernannt. Die in Art.35 und 36 der Verfassung vorgesehenen Befugnisse des Präsidenten als Staatsoberhaupt und höchster Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte sollen rein nominelle Bedeutung haben, weil er nach Art.37 der Verfassung nur mit der Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten und gegebenenfalls auch des zuständigen Ministers Gesetze erlassen kann. Allerdings wurden zwischen 1948 und 1972 mehrere sogenannte provisorische Verfassungsartikel für die Periode zur "Niederwerfung der Rebellion" (d.h. im Bürgerkrieg gegen die chinesischen Kommunisten) verabschiedet, die die Macht des Staatspräsidenten erweiterten.

Jiang Jingguo regierte wie sein Vater Jiang Jieshi mit starker Hand. Li Denghui, ursprünglich ein Landwirtschaftsexperte, ist kein starker Mann. Da aber Ministerpräsident Yu Guohua als ein noch farbloserer Politiker gilt, trägt der neue Staatspräsident, der, wie oben bereits erwähnt, gleichzeitig Vorsitzender der Regierungspartei ist, weiter die Regierungsverantwortung. Aber innerhalb der Regierung und der Regierungspartei gibt es noch andere Persönlichkeiten als starke Figuren, die Mitsprache bei großen politischen Entscheidungen beanspruchen dürfen: General Hao Bocun (Hau Pei-tsun,

69), Generalstabschef der Streitkräfte, General Jiang Weiguo (Chiang Weikuo, 72), Generalsekretär des Nationalen Sicherheitskonzils und zweiter Sohn von Jiang Jieshi, der Parteigeneralsekretär Li Huan sowie die über 90 Jahre alte Witwe von Jiang Jieshi, Song Meiling (Soong Mayling).

Bislang balanciert Li Denghui zwischen den konservativen und liberalen Kräften und nimmt einen vorsichtigen Kurs auf Liberalisierung und Reformen. Noch im Frühjahr des kommenden Jahres wird der Staatspräsident von der Nationalversammlung neu gewählt. Da in diesem Gremium die vor 42 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählten Delegierten noch immer die überwiegende Mehrheit bilden, kann Li Denghui, der sicher von der Regierungspartei zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wird, den politischen Standpunkt der konservativen Kräfte nicht außer acht lassen.

Die Opposition und die neue politische Landschaft

Noch vor Jiang Jingguos Tod wurde die politische Kontrolle durch die Aufhebung des über 38 Jahre lang währenden Ausnahmezustands im Juli 1987 wesentlich gelockert. Am 1. Januar 1988 setzte die Regierung offiziell die Verordnung vom 10. Juni 1951 über das Verbot neuer Zeitungen sowie die Einschränkung des Zeitungsumfangs auf maximal drei große Druckbögen pro Tag außer Kraft. Die größte Barriere gegen die Pressefreiheit war somit beseitigt.

Am 11. Januar 1988 wurde das Gesetz über Versammlungen und Demonstrationen verabschiedet. Danach dürfen Bürger mit einer Erlaubnis der zuständigen Polizei auch gegen die Regierungspolitik auf der Straße demonstrieren, sofern es nicht gegen die Verfassung verstößt oder für den Kommunismus bzw. eine Spaltung des Landes (d.h. Unabhängigkeit Taiwans von China) eintritt. Offiziellen Angaben zufolge fanden in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres bereits über 2.000 genehmigte und nicht genehmigte Demonstrationen und Streiks statt. Größere Ausschreitungen gab es allerdings nur bei einer Bauerndemonstration am 20. Mai 1988 gegen die Importerleichterung bei Puterfleisch und Obst aus den USA.

Zum Gedenken an Jiang Jingguo am 100. Tag nach seinem Tode, dem 22. April, erließ die Regierung umfangreiche Strafmilderungen für Häftlinge. Auch 31 unter der Beschuldigung der Rebellion zu langen Freiheitsstrafen verurteilte Dissidenten konnten von der Begnadigung profitieren. Zur Zeit sitzen nur noch wenige Regierungsgegner im Gefängnis oder leben im Exil.

Am spektakulärsten war die Aufhebung des 33 Jahre langen Hausarrests von General Sun Liren durch das Verteidigungsministerium im März 1988. Sun, ein Absolvent der Purdue-Universität und des Virginia Military Institute in den USA, der während des 2. Weltkrieges bei den Alliierten durch eine Reihe von Siegen über die japanische Armee an der birmanischen Front den Ruf eines "Rommel des Ostens" erworben hatte, war auf dem Höhepunkt seiner Karriere Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Taiwan. 1955 wurde er wegen Verdachts zur Unterstützung einer geplanten Meuterei von seinem derzeitigen Posten als persönlicher Stabschef des Präsidenten Jiang Jieshi entlassen und unter Hausarrest gestellt. Aber die Bevölkerung glaubt, daß der General bei Jiang Jieshi in Ungnade fiel, weil er zu enge Beziehungen zu den Amerikanern hatte und weil er, wie auch die damaligen US-Militärberater, gegen die von Jiang Jingguo eingeführte Politabteilung bei den Streitkräften - eine Nachahmung des Militärsystems kommunistischer Staaten - war.

Am 30. März 1988, zehn Tage nach Aufhebung des Hausarrests von Sun, wurde ein parlamentarischer Untersuchungsbericht des Kontrollyyuan vom 21. November 1955 nach fast 33 Jahren Geheimhaltung veröffentlicht, in dem der Vorwurf einer geplanten Meuterei von Suns Anhängern im Heer widerlegt wird. Anlässlich seines 90. Geburtstages, dem 27. November 1988, wurde der alte General auf einer großen Festveranstaltung von 4.000 Teilnehmern gefeiert und erhielt zahlreiche Glückwünsche von führenden Politikern einschließlich eines "privaten" Geschenks vom Staatspräsidenten Li Denghui. Ende Februar 1989 wurde Sun Lirens Name auf zwei alten Gedenktafeln in Taipei, die nach seinem Arrest 1955 entfernt worden waren, restauriert.

Das größte und deutlichste Kennzeichen einer Veränderung der politischen Landschaft ist die Legalisierung der jungen oppositionellen Partei Minzhu-jinbu Dang (Demokratische Fortschrittspartei, im folgenden MJD). Sie wurde zwar schon im Herbst 1986 gegründet, doch für die Regierung und die Regierungspartei galt sie als illegal und wurde von den Behörden nur geduldet. Erst nach Jiang Jinguos Tod wurde sie allgemein anerkannt. Vor allem muß die Regierungspartei GMD die MJD im Parlament als gleichberechtigten Gegner oder Partner behandeln, damit wichtige Gesetze ohne große Störungen und Verzögerungen über die Bühne gehen können.

Im Gesetzgebungsorgan als dem wichtigsten parlamentarischen Organ der Republik China verfügt die MJD zwar über nur 4% der Sitze, stellt aber eine tatkräftige Opposition dar. Bei Debatten und Abstimmungen kam es häufig zu Turbulenzen und Beschimpfungen oder sogar Handgreiflichkeiten zwischen den Abgeordneten der MJD und GMD. Auch verhält sich die MJD immer noch als außerparlamentarische Opposition, mobilisiert oder unterstützt z.B. Massendemonstrationen auf der Straße gegen oder für eine bestimmte Politik.

Das Gesetzgebungsorgan verabschiedete im Januar 1989 drei politisch wichtige und heftig umstrittene Gesetze: Am 20. Januar das Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften einschließlich politischer Parteien und am 26. Januar das neue Wahlgesetz und die Bestimmungen über den Rücktritt der vor 40 Jahren gewählten Parlamentarier. Am heißesten war der Streit um das letzte Gesetz. Es wurde schließlich unter Polizeieinsatz und nur nach einer einzigen Lesung, d.h. ohne Debatten und Änderungen im Regierungsentwurf, von der GMD-Mehrheit verabschiedet, woraufhin die oppositionellen Abgeordneten wütend die Präsidiumtribüne zerschlugen.

Nach diesem Gesetz fördert die Regierung eine freiwillige Pensionierung der greisen Abgeordneten mit einer Abfindungsprämie in Höhe von 3,7 Mio. NT\$ (rd. 134.546 US\$), um somit das Parlament durch die Wahlen von "ergänzenden Mitgliedern" zu verjüngen und gleichzeitig das Symbol des

Parlaments als Repräsentant Gesamtchinas aufrechtzuerhalten. Dagegen verlangt die MJD einen sofortigen oder baldigen Rücktritt aller alten Parlamentarier und eine Erneuerung der drei parlamentarischen Organe durch Wahlen. Bis Mitte März d.J. haben nur 2 der 199 alten Mitglieder des Gesetzgebungsorganes, 11 der 777 alten Abgeordneten der Nationalversammlung und keiner der 36 alten Mitglieder des Kontrollorganes den Rücktritt beantragt.

Im Dezember 1989 finden Wahlen der zusätzlichen Mitglieder des Gesetzgebungsorganes statt. Ihre Zahl wurde nach einem Beschluß des Nationalen Sicherheitskonzils vom 22. Februar 1989 von 71 auf 130 erhöht - somit können die alten Mitglieder aus dem chinesischen Festland ihre Mehrheit weiter beibehalten. Außerdem dürfen die Oppositionellen, die einmal unter der Beschuldigung von Rebellion verurteilt worden waren, auch gemäß dem neuen Wahlgesetz nach ihrer Freilassung noch immer nicht gewählt werden.

Nach der Verkündung der Bestimmungen zur Regelung ziviler Körperschaften haben in den ersten zehn Tagen bereits 18 politische Parteien einschließlich der GMD ihre Gründung angemeldet, aber die MJD zögert bislang mit der Anmeldung. Sie lehnt nach wie vor die in dem Gesetz verankerte Gummiklausel ab, daß keine Organisation oder politische Partei gegen die Verfassung verstoßen und Kommunismus und Separatismus befürworten darf. Denn die MJD wird von der GMD häufig als separatistische Organisation bezichtigt.

Innhalb der MJD bestehen zur Zeit wie in der GMD zwei Flügel. Die eine Gruppe namens "Xinchaoliu" (Neue Strömung) tritt für einen radikalen Kurs zur Unabhängigkeit Taiwans von China ein, d.h. für einen Verzicht auf die Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland, während die andere Gruppe, "Meilidao" (Formosa), im Hinblick auf die Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegung seitens der Regierung die Einrichtung einer echten Demokratie als vorrangigstes Ziel sieht. Am 17. April 1988 verabschiedete die Partei auf einer außerordentlichen Tagung in Gaoxiong (Kaohsiung) eine Resolution, in der es heißt: Taiwan be-

sitze international eine unabhängige Souveränität und gehörte nicht "der Volksrepublik China mit der Hauptstadt Beijing" an. "Die Partei wird befürworten, daß Taiwan unabhängig sein soll, wenn die GMD und die KPCh einseitig über Frieden verhandeln, wenn die GMD die Interessen der Bevölkerung Taiwans verrät, wenn die KPCh eine Vereinigung mit Taiwan durchführt und wenn die GMD keinen richtig demokratischen und konstitutionellen Kurs in der Politik verfolgt." Ferner betonte sie in der Resolution, daß die 19 Millionen Einwohner Taiwans das Recht auf Selbstbestimmung über ihre Existenz und Entwicklung hätten.

Auf dem 3. Parteitag der MJD Ende Oktober 1988 in Taipei wurde Huang Xinjie zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Er löste Yao Jiawen ab. Huang gilt als Führer der Meilidao-Gruppe, während Yao der Xinchaoliu-Gruppe zuzurechnen war. Im neuen Zentralen Exekutivkomitee der Partei haben allerdings beide Gruppen ein Gleichgewicht. In einer Deklaration zum Schluß des Parteitages forderte die MJD von der GMD erneut, den Anspruch auf die Vertretung Gesamtchinas aufzugeben. Auch die Entwicklung in letzter Zeit ließ die andauernde Zerreißprobe in der MJD erkennen. Bereits 1987 bildete sich eine Splitterpartei innerhalb der MJD, die "Gongdong" (Arbeiterpartei), die sich im letzten Sommer weiter in zwei Parteien aufspaltete.

Das Tauwetter nach dem Tod Jiang Jinguos hat die politische Landschaft erheblich verändert, dennoch ist ein Machtwechsel in absehbarer Zeit infolge der inneren Schwäche der Opposition auf der einen Seite und der beschleunigten Selbstreform der Regierungspartei unter der neuen Führung auf der anderen kaum zu erwarten.